

*Pieter Judson*

## DIE HABSBURGERMONARCHIE NEUE INTERPRETATIONEN

Guten Abend, dobrý večer, sehr geehrte Gäste, Kolleginnen und Kollegen, es ist mir eine große Ehre, den Festvortrag anlässlich des sechzigjährigen Jubiläums des Collegium Carolinum halten zu dürfen. Mit seiner Arbeit stellt das Collegium Carolinum ein bedeutendes Forum zur Entwicklung unseres Verständnisses der Habsburgermonarchie dar. Gerade aus Studien über die böhmischen Länder und die Slowakei gingen einige der spannendsten neuen Ideen über die Habsburgermonarchie hervor. Viele dieser Initiativen wurden vom Collegium unterstützt und die Resultate in seiner Zeitschrift „Bohemia“ veröffentlicht.

Heute Abend möchte ich über einige der vielen neuen Interpretationen der Geschichte der Habsburgermonarchie sprechen. Als ich 1982 mit meiner Arbeit begann, war dieses Gebiet weit davon entfernt, jenes international führende Forschungsfeld zu sein, das es heute darstellt. In den 1980er Jahren betrachteten wir die Habsburgermonarchie noch als einen Anachronismus im Europa des 19. Jahrhunderts, als einen grundsätzlich schwachen, halbfeudalen Staat, zerrissen vor allem von den modernen Nationalismen; einen Staat, dessen baldiger Untergang gewiss war. Heute begreifen wir Staat und Gesellschaft der Monarchie eher als Versuchslabor der Moderne, mit anderen europäischen Staaten in seinen Stärken und Schwächen durchaus vergleichbar, sogar führend in Bereichen wie Verwaltung, Wirtschaft, Recht, Bildung und Kunst. Nicht nur das, auch die aktuelle Forschung gilt als innovativ und konnte insbesondere für ihre transnationale und vergleichende Perspektive Anerkennung gewinnen.

Es ist umso befremdlicher, oftmals sogar frustrierend, dass diese radikalen Veränderungen in der Erforschung der Habsburgermonarchie unseren Kolleginnen und Kollegen aus der Europäischen und Globalgeschichte selten bekannt sind. In der Öffentlichkeit werden sie kaum wahrgenommen. Besonders deutlich hat sich das in den Arbeiten gezeigt, die zum hundertsten Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges erschienen sind. Viele dieser Arbeiten von beiden Ufern des Atlantiks präsentierten genau das Bild von Österreich-Ungarn als Karikatur, das von den Spezialistinnen und Spezialisten auf diesem Feld schon lange widerlegt ist. Wird die Monarchie erwähnt, denkt man sofort an Nationalitätenkonflikte (sofern einem nicht die Kaiserin Elisabeth einfällt). Wie kommt es also, dass so viele innovative Erkenntnisse über die Habsburger Geschichte einfach ignoriert werden?

Ich möchte zwei Erklärungen vorschlagen. Eine hat mit der europäischen Geschichte der letzten 30 Jahre zu tun und erklärt vielleicht das Weiterleben des traditionellen Bildes des Nationalitätenkonflikts. Die andere bezieht sich auf die allgemeine Entwicklung der Geschichtswissenschaft.

Die Öffentlichkeit ignoriert die neuen Möglichkeiten weitgehend, ethnischen Nationalismus und seine tiefere Bedeutung zu analysieren. Das liegt teilweise an den nationalistischen Herausforderungen an die Europäische Union, die in den letzten 30 Jahren entstanden sind. Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ konnten Journalistinnen und Politiker den Aufstieg des Nationalismus als Massenbewegung beobachten, ein Phänomen, das alle anderen Fragen zu überlagern schien. Besonders deutlich war dies in dem schrecklichen Zerfallskrieg in Jugoslawien. Heute ist Nationalismus ein integraler Bestandteil des aufsteigenden Populismus in beinahe allen europäischen Gesellschaften (und nun auch in den USA). Die zahlreichen Wellen nationalistischer Konflikte nach 1989, verlängert durch die Wirtschaftskrise von 2008, scheinen die Annahme vieler zu bestätigen, dass nationalistische Politik schlicht ein unveränderbarer Bestandteil der Geschichte Zentral- und Osteuropas sei. Offenbar ist diese Art des Nationalismus jetzt auch in Westeuropa angekommen. Und es ist im Allgemeinen deutlich einfacher, den vermeintlich uralten Nationalitätenhader dafür verantwortlich zu machen, als die situationsspezifischen Gründe hinter nationalistischen Konflikten und dem populistischem Zorn zu analysieren.

Werden ethnische Konflikte als fatale Konstanten zentral-/osteuropäischer Politik betrachtet, ist es wenig wahrscheinlich, dass Interpretationen der Geschichte, die den Nationalitätenkonflikt nicht als konstantes oder dominantes Charakteristikum der Gesellschaft sehen, viel Aufmerksamkeit geschenkt wird. Tatsächlich sind es gerade die Historikerinnen und Historiker der Habsburgermonarchie, die die komplexe Dynamik dieser Konflikte erfolgreich analysiert haben und damit aufzeigen, welche vollkommen unterschiedlichen Bedeutungen solche an der Oberfläche als national erscheinende Konflikte haben können. Diese Arbeiten helfen uns dabei zu verstehen, was heute passiert. Gerade die Angst vor einer Destabilisierung des europäischen Projekts durch den Nationalismus ist es, welche die Nation ins Zentrum der historischen Analyse stellt.

Aber es gibt noch andere Gründe, warum die innovative Arbeit nicht immer die verdiente Anerkennung gefunden hat. In dem Moment, in dem vor 20, 30 Jahren die ersten wegweisenden Studien zur Habsburgermonarchie erschienen, entfernte sich die Geschichtswissenschaft von der Idee der großen Narrative. Die Hegemonie einzelner (Master-)Narrative, so behauptete man, hätte Historikerinnen und Historiker davon abgehalten, die alternativen Möglichkeiten, die sich durch andere Geschichten eröffneten, wahrzunehmen. Damals glaubten wir Revolutionäre, dass das dominante Narrativ unseren Blick verenge. Traditionelle Studien der „hohen Politik“ oder der internationalen Beziehungen dominierten das Fach, während die Frage, wie verschiedene soziale Gruppen diese Geschichte erlebten, wenig Aufmerksamkeit erfuhr. Der Aufstieg der Sozialgeschichte vor 50 Jahren und der Kulturgeschichte vor 25 Jahren verschob den Fokus der Historikerinnen und Historiker auf die Erforschung anderer Felder und anderer Gruppen, wie zum Beispiel Frauen und Arbeiter, deren Geschichten bis dahin kaum Eingang in die großen Narrative gefunden hatten. Arbeiten über Netzwerke und die Zirkulation von Ideen in der Gesellschaft stellten die traditionellen, aus einer Top-Down-Perspektive verfassten politischen Narrative in Frage. In unserem Fall lieferten besonders regionale und lokale Studien zur Sozial-, Wirtschafts-, Kultur- und Ideengeschichte das Material,

um die alten Deutungen der Habsburgermonarchie herauszufordern. Aber diese neuen Geschichten ersetzten nie die großen Narrative. Stattdessen existierten sie in einer unkomfortablen Nachbarschaft zu den traditionellen Narrativen, welche daran festhielten, Nationen als die wichtigsten Akteure der europäischen Geschichte zu betrachten.

Letztlich trägt auch die Geschichtspolitik der Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, die eben dieses traditionelle Narrativ aktiv gefördert haben, zu dessen Erhalt bei. Dies hat es erschwert, eine zusammenhängende Geschichte der Region zu schreiben, an ihrer Stelle entstand eine Reihe kleinerer Nationalgeschichten.

Ich bin davon überzeugt, dass die Arbeit der letzten 30 Jahre die größeren Erzählungen über die Region dennoch implizit verändert hat. Auf diese neuen Interpretationen möchte ich anhand von drei konkreten Bereichen eingehen: Erstens bespreche ich das veränderte Verständnis des Verhältnisses der zwei Konzepte „Empire“ und „Nation“. Zweitens möchte ich auf einige der vergleichenden Zugänge eingehen, welche die Habsburgermonarchie als Teil und nicht außerhalb des „normalen“ europäischen Kontexts lokalisieren. Und zuletzt werde ich die zunehmende Tendenz besprechen, den Zerfall der Monarchie im Kontext langfristiger Entwicklungen anstatt als radikalen Bruch zu interpretieren. Bei meinen Beispielen handelt es sich natürlich nur um drei unter vielen wichtigen Strömungen.

Im Mittelpunkt älterer Arbeiten über die Habsburgermonarchie stand selten die Geschichte des Gesamtstaates und seiner Gesellschaft. Vielmehr war es üblich, mit den verschiedenen Nationalitäten des Reichs und ihrem bitteren Streit anzufangen. So entstand das Bild eines gespaltenen Staates und einer Gesellschaft, die immer weniger zu sein schien als die Summe ihrer verschiedenen Nationalitäten. Zudem stellten die Autorinnen und Autoren dieser Studien „Nation“ und „Empire“ in Widerspruch zueinander; diese erschienen als Prinzipien aus zwei verschiedenen Welten.

Dieses populäre Verständnis der Habsburgermonarchie können wir bereits zum Zeitpunkt ihres Zusammenbruchs im Herbst 1918 beobachten. Unmittelbar darauf verwendeten Propagandisten der Nachfolgestaaten oft die Bezeichnung „Völkerkerker“, um Österreich-Ungarn zu charakterisieren. Nachvollziehbarerweise stellten sie den Staat als einen Unterdrückungsapparat dar, der die legitime Entwicklung der Nationen gehemmt habe. Und angesichts des Elends, das der Krieg gebracht hatte, taten sie sich mit diesem Argument nicht schwer. Bereits 1918 reinterpretierten die Nationalisten der Nachfolgestaaten ihre jüngste Geschichte als einen Kampf zwischen Schwarz und Weiß, zwischen zwei Staatsformen, dem sterbenden Empire und den aufsteigenden Nationalstaaten. So feierte Tomáš G. Masaryk schon im Dezember 1918 den jüngsten Triumph der Nation über das Empire: „Im Allgemeinen sind die großen multinationalen Reiche Einrichtungen der Vergangenheit, einer Zeit, in der die materielle Gewalt hochgehalten und das Nationalitätenprinzip noch nicht anerkannt war, da die Demokratie noch nicht anerkannt war.“ Für Masaryk erscheint hier der Nationalstaat durch seine Verbindung mit der Demokratie als Prinzip der Zukunft. Das Empire, so sein Argument, sei eine veraltete, undemokratische, auf autoritärer Herrschaft beruhende Staatsform. In dieser Aussage, die später oft für die Theoriebildung über Imperien herangezogen werden soll-

te, treten „Nation“ und „Empire“ als Antipoden auf, die sich gegenseitig negativ definieren: Imperien sind nicht demokratisch, Nationalstaaten nicht autoritär.

Freilich sind diese Annahmen hochgradig ideologisch und ich zweifle daran, dass ein so großer Denker wie Masaryk wirklich selbst von ihnen überzeugt war; er war sich damals aber mit Sicherheit ihres propagandistischen Wertes bewusst. Diese Behauptungen über „Nation“ und „Empire“ verzerrten auch einige der zentralen Fragen an die Demokratie. Wer gilt als ihr politisches Subjekt? Liegt in der Demokratie die Entscheidungsmacht beim Individuum, oder trifft die nationale Gemeinschaft die Entscheidungen? Nach 1918 erhielt die nationale Gemeinschaft meist den Vorzug und die Karikatur des Empire als einem Unterdrücker der Nationen avancierte zur komfortablen Folie, vor der sich der Nationalstaat als etwas Neues, Dynamisches, Zukunftsorientiertes und Demokratisches definieren ließ.

Die Forschung der letzten Jahrzehnte über den Aufstieg des politischen Nationalismus in der Habsburgermonarchie zeichnet hingegen ein deutlich anderes Bild. Sie zeigt, dass „Empire“ und „Nation“ in einem konzeptionellen Sinne keineswegs solche binären Gegensätze bildeten. Vielmehr beschrieben sie eng miteinander verbundene Ideen, die Teil einer gemeinsamen Welt waren. Denn die „Nation“ war auf das „Empire“ angewiesen, von dem es seine Legitimation und Ausrichtung bezog. Und gerade durch die Ansprüche der Nationalistinnen und Nationalisten gewann im späten 19. Jahrhundert auch das „Empire“ an Bedeutung.

Wir können diese enge Verflechtung zwischen imperialem Patriotismus einerseits und Nationalismus andererseits besonders in Studien zur Lokalpolitik, über imperiale Institutionen wie die Armee und anhand von Fällen vor dem Verwaltungsgerichtshof nachvollziehen. Das Gleiche gilt für ethnografische Studien. Nationalgefühle entstanden nicht von selbst. Ebenso wenig aber lehnten die sich entwickelnden Nationalismen das Empire ab. Es waren die imperialen Institutionen, die den rhetorischen und politischen Raum zur Artikulation nationalistischer Forderungen gegenüber dem imperialen Staat schufen.

Ein kurzes Beispiel: Der habsburgische Pragmatismus förderte traditionell die Verwendung der jeweiligen Landessprachen in den Volksschulen und für die Veröffentlichung von Dekreten, und zwar selbst unter der zentralisierenden Herrschaft von Josef II. Im 19. Jahrhundert wurden diese pragmatischen Praktiken umformuliert und 1848 dann als fundamentale staatsbürgerliche Rechte definiert. Diese Bestätigung der Mehrsprachen-Politik – auf der Ebene von Dorfschulen oder den Regimentern – eröffnete in der Zeit der entstehenden Massenpolitik eine Reihe von Möglichkeiten, entsprechende Forderungen zu erheben. Sowohl der Kremsierer Verfassungsentwurf von 1848, als auch das Staatsgrundgesetz von 1867 und das ungarische Nationalitätengesetz von 1868 machten die Sprache und ihre Verwendung zu einem effektiven Element politischer Mobilisierung. Dies geschah, indem juristische Räume eröffnet wurden, die es den Bürgern ermöglichten, dem Staat gegenüber Forderungen auf Grund sprachlicher Identitäten zu erheben. Nicht die reine Existenz nationaler Gemeinschaften brachte im 19. Jahrhundert die nationalistischen Bewegungen hervor, sondern Nationalistinnen und Nationalisten, die die imperialen Institutionen nutzten, um nationale Gemeinschaften zu formen. Die sprachlichen Unterschiede stellten den legalen Rahmen dar, neue Formen politischer Autonomie

auf der Grundlage von Sprache einzufordern, die später mit Vorstellungen von Kultur und Nation verbunden wurden. In dieser Zeit kommunaler Autonomie und Massenpolitik stellten die nationalen Argumente der Politiker effektive Mittel dar, um potenzielle Wähler verschiedener Klassen und Regionen anzusprechen.

Die nationalistischen Bewegungen mögen einander in der Öffentlichkeit gegenseitig bitter bekämpft haben. Aber die meisten ihrer Anstrengungen waren auf den Aufbau ihrer eigenen kleinen „Empires“ innerhalb des großen Ganzen gerichtet. Zuerst in den diversen Vereinen, später in Form von Massenparteien, in den wirtschaftlichen Institutionen (wie etwa Banken), die überall im Land entstanden. So verankerten die nationalistischen Parteien ihren Einfluss immer stärker im institutionellen Netzwerk des Empire. Um 1900 verfügten sie über bedeutenden Einfluss bei der Besetzung öffentlicher Stellen, und das sowohl auf imperialer Ebene, als auch in den Kronländern. Man kann durchaus sagen, dass um 1910 viele, wenn nicht die Mehrheit, der Nationalistinnen und Nationalisten selbst eng in die Strukturen, Institutionen und kulturellen Praktiken des Reichs eingebunden waren. Sie hatten wenig Anlass, genau die Institutionen, die ihnen Macht und Einfluss verliehen, zu zerstören.

Aber ebenso wie das Empire den Aufstieg des Nationalismus geformt hatte, so zeigt die jüngere Forschung zu Ethnografie, Kunst und Wissenschaft, wie auch der ethnische Nationalismus die Habsburgische Rechtfertigung für die Existenz des Empire formte. Das Ende des Heiligen Römischen Reichs 1806 und die späteren österreichischen Niederlagen in Italien und Deutschland bedeuteten den Verlust der Legitimation des Empire als Erbe des einst universellen Römischen Reichs. Doch fand Österreich-Ungarn in den 1870er und 1880er Jahren schrittweise neue Formen der Selbstlegitimierung über die angeblich schützende oder „nährende“ Haltung gegenüber den verschiedenen Kulturen. Hinweise auf diese neue Mission lassen sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts finden, etwa in den Arbeiten des Ethnografen Karl von Czoernig oder des Orientalisten Joseph Hammer-Purgstall. Aus einer anderen Perspektive bediente sich František Palacký 1848 dieses Arguments, der bekanntlich die Existenz Österreichs mit dessen Rolle als Beschützer der kleinen Nationen Zentraleuropas begründete. Noch deutlicher lässt sich diese Figur in der „Habsburgischen zivilisatorischen Mission“ nachweisen, mit der das Imperium seine Herrschaft in den östlichen Territorien und auf dem Balkan rechtfertigte.

Ethnografen begannen, Sprachengruppen als voneinander getrennte Kulturen aufzufassen, die alle von Entwicklungen des Empire abhängig waren. Das drückte sich zum Beispiel in der Wiener Weltausstellung von 1873 und den folgenden regionalen Ausstellungen aus, oder in den Diskussionen über die Gründung einer neuen „Universität des Ostens“ in Czernowitz. Der symbolische Höhepunkt dieser Entwicklung war das sogenannte Kronprinzenwerk (Österreich-Ungarn in Wort und Bild). Diese Buchserie, die beide Hälften der Monarchie abdeckte, liefert ein dynamisches Beispiel dafür, wie „Nation“ und „Empire“ gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu ihrer wechselseitigen Konstruktion beitrugen. Viele der Autoren, die für das Kronprinzenwerk Aufsätze geschrieben hatten, waren bekannte nationalistische Wissenschaftler. Aber sie waren Nationalisten im Dienst der imperialen Sache. Einen weiteren Aspekt der zivilisatorischen Mission stellte die Verwaltung Bosnien-Her-

zegowinas dar. Besonders interessant ist, wie die jüngste Forschung betont, dass viele der Männer, die für die „imperiale Mission“ in Bosnien arbeiteten, selbst serbische oder kroatische Nationalisten waren. Beide Rollen passten in dieser Situation überraschend gut zusammen.

Die jüngste Forschung diskutiert auch, in welchem Maße der Habsburgerstaat durch den Nationalitätenkonflikt geschwächt wurde. Zunehmend stellen Historikerinnen und Historiker fest, wie stark der politische Charakter der nationalistischen Bewegungen war. Aber auch wenn Nationalistinnen und Nationalisten das politische Leben und die Rhetorik dominierten, bedeutete das nicht notwendigerweise, dass sie im täglichen Leben über den gleichen Einfluss verfügten. In einigen Situationen, etwa während Gemeinde- oder Reichsratswahlen, nahmen die nationalistischen Gefühle zweifellos zu. Aber in anderen alltäglichen Situationen scheint der Nationalismus nicht die dominante Rolle gespielt zu haben, die ihm von Historikerinnen, Journalisten und Politikern zugeschrieben wurde. Selbst für die höchsten Ebenen des cisleithanischen Parlaments muss bezweifelt werden, dass die ritualisierte und inszenierte Empörung nationalistischer Vertreter Diskussionen oder selbst implizite Kompromisse hinter dem Vorhang wirklich verhinderte.

Dies bringt mich zum zweiten Punkt. Obwohl Politiker, Journalisten und Historikerinnen die Geschichte Zentral- und Osteuropas nach wie vor als grundsätzlich verschieden vom Rest des Kontinents betrachten, gingen die Spezialistinnen und Spezialisten dieser Region in die entgegengesetzte Richtung. Sie haben die Geschichte der Monarchie „europäisiert“. Damit meine ich, dass sie die Geschichte des Habsburgerstaates und der Region mit gemeinsamen gesamteuropäischen Begriffen und Konzepten erfassten. Diese vergleichende Entwicklung war für Historikerinnen und Historiker schwierig, besonders während des Kalten Krieges, der zu einer Wahrnehmung der Geschichte Zentral- und Osteuropas als grundsätzlich von der Westeuropas verschieden führte. Einige Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sprechen beispielsweise nach wie vor von einem ethnischen Mosaik im Osten, welches angeblich jahrhundertlang die Gründung von territorialen Nationalstaaten in der Region verhindert habe. Dieses Bild wird traditionell als Erklärung herangezogen, um zu zeigen, warum die Region von großen, lose organisierten Imperien dominiert gewesen sei und nicht auf der Basis jener nationalstaatlichen Strukturen beruhte, die im Westen Europas angeblich den Aufstieg von Kapitalismus und Demokratie befördert hätten. In zahlreichen aktuellen Arbeiten sehe ich den Versuch, dies umzukehren und die vielen Aspekte zu verstehen, in denen Zentral- und Osteuropa letztlich dem Westen so sehr ähneln. Es geht nicht darum, zu behaupten, Osten und Westen seien gleich. Es geht darum, die Gemeinsamkeiten der beiden zu untersuchen, um dort, wo tatsächlich wichtige historische Unterschiede vorliegen, deren Ursachen in ihrem historischen Kontext verstehen zu können. Darum bemühen wir uns auch, Erklärungen, die auf Annahmen von „uralten nationalen Konflikten“ oder „Rückständigkeit“ gründen, zu vermeiden.

Vergleichende Methoden haben die Vorstellung, dass das „ethnische Mosaik“ im Osten den Aufstieg des Nationalstaates nach westlichem Vorbild irgendwie verunmöglicht habe, widerlegt. Heute verstehen wir, dass westliche Staaten ebenso über verschiedene sprachliche, konfessionelle und ethnische Gruppen herrschten, auch

wenn deren nationalistische Ideologie dies in Abrede stellte. Bei genauerer Betrachtung erscheinen Spanien, Großbritannien, Frankreich und Italien nicht weniger demografisch inhomogen als das Zentraleuropa der Habsburger. Letztlich war das Empire, in dem während des Ersten Weltkrieges die blutigste nationale Erhebung stattfand, auch nicht das habsburgische, sondern das Britische mit dem irischen Aufstand von 1916. Es drängt sich also die Frage auf, warum wir so lange an dieser Vorstellung von einem ethnisch fragmentierten Osten gegenüber einem ethnisch homogenen bürgerlichen Westen festhielten.

Auch in der Wirtschaftsgeschichte hat die Forschung der letzten 30 Jahre die Entwicklung der Habsburgermonarchie neu interpretiert. Dabei konnten die Wirtschaftshistorikerinnen und -historiker einige Mythen aus dem Kalten Krieg widerlegen: Hat das Empire tatsächlich die ökonomische Entwicklung in der Region und damit die Ausbreitung von Fortschritt und kapitalistischem Markt unterbunden? Vom Ausbau des Eisenbahnnetzes im imperialen Österreich – das auf wirtschaftliche, nicht militärische Bedürfnisse ausgerichtet war – über die Struktur der galizischen Ölindustrie bis hin zur Rolle von Triest im Mittelmeer- und auch globalen Handel, zeichnen die jüngeren Arbeiten das Bild einer lebendigen marktorientierten Wirtschaftsregion. Das Gleiche gilt für Studien über Wissenschaftsnetzwerke, Forschung, Bildung und technische Ausbildung in der Habsburgermonarchie.

Dort, wo Unterschiede zwischen der Habsburgermonarchie und anderen Staaten Europas bestanden, erscheinen diese weniger als Resultate der ethnischen Zusammensetzung oder der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung der Region, denn als Folgen des besonderen Umgangs der politischen Institutionen der Monarchie mit bestimmten Herausforderungen wie etwa der Vielsprachigkeit. Während Historikerinnen und Historiker die Monarchie früher mit Begriffen wie „altersschwach“, „baufällig“ oder „anachronistisch“ belegten, bezeichnen wir sie heute eher als zusammengesetzt – also „composite“ –, im Sinne des frühmodernen Staates, oder sogar als flexibel. Die Habsburgermonarchie entwickelte Ende des 19. Jahrhunderts ganz charakteristische Strukturen, unter anderem formale und informelle föderale, um ihren Problemen zu begegnen. Diese Strukturen sind es, die den Unterschied zu anderen Staaten ausmachten.

Im letzten Punkt, den ich ansprechen möchte, geht es um neue Zugänge zu den Ereignissen von 1918. Traditionell haben wir 1918 als ein Jahr des radikalen Neuanfangs, als den Moment, in dem Europa grundsätzlich verwandelt wurde, verstanden. Wenn wir uns die revolutionären Ereignisse in Russland, Ungarn und Deutschland vor Augen führen, mag diese Sicht durchaus ihre Berechtigung haben. Neuere Arbeiten zeigen aber, dass es sich bei den Veränderungen von 1918 nicht unbedingt um Folgen massenhafter nationaler Revolten handelte, sondern eher um konkrete, durch den Krieg geschaffene Verhältnisse. Wir haben gesehen, wie Masaryk diesen historischen Moment als Übergang von einer autoritären Vergangenheit in eine demokratische Zukunft präsentierte. Aber war das Empire im östlichen Zentraleuropa wirklich tot? War 1918 tatsächlich der Beginn einer neuen Ära?

Neue Interpretationen richten im Allgemeinen ein deutlich größeres Augenmerk auf den Osten. In der Erfahrung vieler endete der Krieg hier nicht im November 1918. Die Menschen litten weiterhin unter militärischer und paramilitärischer Ge-

walt, Lebensmittelknappheit, Vertreibungen und Epidemien. Von Prag bis Zagreb, von Budapest bis Lemberg klagte man, dass sich trotz des Endes der Monarchie kaum etwas verändert habe. Dazu kamen einige Kontinuitäten zwischen dem alten und den sogenannten neuen Regimen: Vom Rechtssystem über Verwaltungsstrukturen, Steuerpolitik und dem Bildungswesen bis hin zur Kulturpolitik übernahmen die neuen Staaten Elemente der Monarchie oder passten ihre Strukturen den alten an. In Prag, wie Sie wissen, bestimmte das Tschechische Nationalkomitee in seinem ersten allgemeinen Gesetz, dass „alle bisherigen Provinz- und Reichsgesetze und Bestimmungen vorerst gültig bleiben“. Dies geschah nicht nur, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und eine Revolution zu verhindern. Vielmehr sahen die tschechischen nationalistischen Politiker die böhmische Administration als ihr eigenes Werk an und hatten nicht vor, dieses zu zerstören, selbst wenn das Reich untergegangen war. Nicht anders hielten es polnische Nationalistinnen und Nationalisten in Galizien, die slowenischen in Krain, die kroatischen Nationalisten in Zagreb und die italienischen Nationalistinnen und Nationalisten im Küstenland.

Historikerinnen und Historiker haben solche Kontinuitäten bisher als isolierte Beispiele wahrgenommen. Jetzt aber beginnen sie, diese als Grundlage für eine umfassendere Geschichte der Region anzunehmen. Das Reich der Habsburger fiel im späten Oktober 1918, aber das „Empire“ war noch weit von seinem Ende entfernt. Beinahe alle Nachfolgestaaten waren Vielvölkerstaaten. Ein Drittel der Bevölkerung Polens und Rumäniens sprach weder die nationale Sprache noch gehörte es der nationalen Religion an. So wie im imperialen Österreich machte in der Tschechoslowakischen Republik keine Sprachgruppe mehr als 50 Prozent der Bevölkerung aus; es sei denn, man erklärte Tschechisch und Slowakisch zu einer Sprache, was von slowakischen Nationalistinnen und Nationalisten oft bekämpft wurde. Italien hatte hunderttausende Menschen hinzugewonnen, deren Sprachen Kroatisch, Slowenisch oder Deutsch waren. Jugoslawien nannte sich selbst die „Vereinigung der serbischen, kroatischen und slowenischen Völker“, obwohl im neuen Staat auch Völker lebten, die sich als Makedonier oder Albaner betrachteten, dazu kamen Deutsch und Ungarisch sprechende Bürger.

Die politischen Strukturen und die Politik dieser Staaten waren im klassischen Sinne imperial. Die imperialen Zentren – Belgrad, Bukarest, Rom – herrschten mit eiserner Hand über die neu gewonnenen Peripherien. Dies bedeutete beispielsweise, dass die neuen Herrscher selbst irredentistische Italiener, Rumänen oder slawische Nationalistinnen, die sich während des Krieges auf ihre Seite geschlagen hatten, mit Misstrauen behandelten, da sie diese als „zu österreichisch“ oder „zu ungarisch“ wahrnahmen. In Rumänien mussten die Nationalistinnen und Nationalisten in Siebenbürgern erkennen, dass die Autonomie und Selbstverwaltung, die man einst in Ungarn angestrebt hatte, von den nunmehrigen Herren in Bukarest nicht zu erwarten war. Italienische Nationalisten im Trentino wurden bei der Vergabe von Stellen im öffentlichen Dienst zu Gunsten von Italienern aus dem Süden übergangen.

Und wie stand es um die kolonialen Ambitionen dieser Staaten? Jeder von ihnen forderte Gebiete, deren Bevölkerung nichts mit der jeweiligen Nation zu tun hatte. Dafür bediente man sich des Arguments der Sicherheit, so wie dies im Österreich-Ungarn der Habsburger und dem Russland der Romanovs praktiziert worden war.



Die Tschechoslowakei verlangte beispielsweise einen Teil der subkarpatischen Ukraine. Dass die Menschen in diesem Gebiet Ukrainisch, Ungarisch und Jiddisch sprachen, tat dabei nichts zur Sache. Die neue tschechoslowakische Regierung machte diese Region zu ihrem eigenen, man könnte sagen „imperialen zivilisatorischen Projekt“: Sie sah es als Land, das durch paternalistische imperiale Verwaltung aus Prag entwickelt werden sollte. Polen verlangte außereuropäische Kolonien, gerade als man versuchte, das östliche Kresy (Grenzland) zu kolonialisieren. Die Nachfolgestaaten verwendeten auch genau die Terminologie von Zivilisation und Kultur, die in der Habsburgermonarchie entwickelt worden war, um ihre neuen multinationalen Bevölkerungen zu verwalten. Aber jetzt wurde nationale Identität eine zugeschriebene Tatsache und war nicht mehr – so wie vor 1914 – wählbar. Volkszählungen und Grundschulen wurden zu brauchbaren Mitteln, um Bevölkerungsstatistiken im Sinne der herrschenden Nation zu manipulieren. Die Nachfolgestaaten waren in vielerlei Hinsicht „Völkerkerker“. In den 1920er und 1930er Jahren prägte die imperiale Denkweise die politische Praxis der neuen Staaten derart, dass ich mich frage, ob wir den Begriff „Nationalstaat“ überhaupt weiterhin als Analysekategorie verwenden sollen. Letztlich funktionierten diese Staaten als kleine „Empires“.

Gestatten Sie mir, mit einem Punkt zu schließen, den ich bereits zu Beginn gemacht habe: Historikerinnen und Historiker der Habsburgermonarchie haben bei der Interpretation der Geschichte Zentraleuropas im 19. und 20. Jahrhundert neue, manchmal radikal neue Wege eröffnet. Viele dieser neuen Interpretationen stellen die nationalistischen Vorstellungen, welche heute die normative Grundlage für unser Verständnis vom Funktionieren der Welt bilden, in Frage. Und viele wurden vom Collegium Carolinum gefördert. Die Historikerinnen und Historiker haben das vor allem dadurch erreicht, dass sie sich zwei entscheidenden Ebenen der Analyse gewidmet haben, die in den nationalen Geschichten oft zu kurz kamen: Die erste Ebene ist die lokale oder regionale und die zweite das „Empire“. Zusammengekommen ermöglichen uns diese zwei Analyseebenen, zu sehen, dass und wie lokale Personen auch Vertreter des Empire waren, wie sie der Idee des Empire Bedeutung gaben, und vielleicht am wichtigsten, wie Menschen in Zentraleuropa, unabhängig von ihrer Sprache und Religion, Erfahrungen mit den gleichen Institutionen und Praktiken machten.